

Schwarzwälder Tageszeitung

„Aus den Tannen“

Allgem. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altensteig-Stadt

Teleph. erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr. Kabutt nach Tarif, der jedoch bei Abh. Einzelst. od. Konfirm. hinfällig wird. Druckort: Kitzingen, Gerichtsamt Nagold. Bezugspreis: Monatl. durch Post 1.50 M., durch Agent. 1.40 M., die Einzelnummer kostet 10 Pf. Bei Nichterhalten der Zeitung infolge Höb. Gewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung / Postk. Konto Stuttgart 5780 / Telegr.-Adr.: „Tannenblatt“ / Telef. 11

Nummer 137

Altensteig, Mittwoch den 15. Juni 1932

55. Jahrgang

Eine Kundgebung der Reichsregierung

Berlin, 14. Juni. Die Reichsregierung hat bei ihrem Amtsantritt den Willen betundet, die soziale, finanzielle und wirtschaftliche Not Deutschlands durch organische neuaufbauende Maßnahmen zu beseitigen.

Die Willens, die die Regierung vornehmen hat, zwingt sie, als ersten Schritt vor der Inangriffnahme ihres eigentlichen Programms die Kassenlage von Reich, Ländern und Gemeinden vorläufig zu sichern und die Sozialversicherung vor dem tatsächlich drohenden Zusammenbruch zu retten. Werden diese notwendigen und unaufschiebbaren Voraussetzungen nicht erfüllt, so sind alle weiteren Maßnahmen von Anfang an in Frage gestellt.

Für die ersten Notmaßnahmen hat die Regierung an Vorbereitungen anknüpfen müssen, die schon das vorige Kabinet getroffen hat. Da diese Maßnahmen jedoch nicht ausreichen, um Kassen und Finanzen zu sichern, ist die Reichsregierung genötigt, über sie hinauszugehen. Es sind infolgedessen weitere Abstriche am Reichshaushalt sowie an allen Ausgaben der öffentlichen Hand beschlossen worden. Es muß von der Ausgabe Seite her versucht werden, eine Gesundung der Kassen und Finanzlage herbeizuführen; denn die Erfahrungen der letzten Monate haben gezeigt, daß Steuererhöhungen nicht mehr zu einer Verbesserung, sondern nur noch zu einer Verschlechterung der Einnahmen führen. Es bleibt also eine der wichtigsten Aufgaben, den gesamten Verwaltungsapparat Deutschlands weiter zu verbilligen. Das bringt zwangsläufig auch scharfe Einschränkungen auf dem Gebiet der Sozialversicherung mit sich, deren Existenz jetzt auf dem Spiel steht.

Es ist eine schicksalhafte Entwicklung, daß es heute, nach einem halben Jahrhundert des Bestehens der Sozialgesetzgebung nicht mehr um die Höhe der Leistungen geht, sondern um ihre Erhaltung überhaupt. Die Reichsregierung, deren soziale Gefinnung in der von ihr vertretenen Weltanschauung begründet ist, würdigt in ihrer neuen entscheidenden Bedeutung die mit der Schöpfung des ersten Kanzlers des Deutschen Reiches begonnene sozialen Einrichtungen, zu deren Erhaltung in dieser Stunde äußerster Not an das Gemeinschaftsgefühl aller Deutschen neue scharfe Anforderungen gestellt werden müssen. Wenn die Reichsregierung heute zunächst den dringendsten Erfordernissen der Stunde nachkommt, so betont sie besonders, daß sie nicht die Absicht hat, den Weg der Erschließung neuer Einnahmequellen in Zukunft weiter zu beschreiten. Ihr Ziel ist, die deutsche Wirtschaft wieder langsam unter Ausschaltung jeglicher Experimente, neu zu befruchten. Sie wird deshalb mit den auswärtigen Regierungen nach einer Lösung der Weltwirtschaftskrise suchen. Darüber hinaus hält es die Reichsregierung ansehnlich der unabweisbaren Wirtschaftnot für ihre unabwendbare Pflicht, die Wirtschaftsentwicklungen des eigenen Landes zu mobilisieren und in erhöhtem Maße für die Verwendung der brachliegenden Arbeitskräfte nutzbar zu machen. Die Regierung wird alles daransetzen, um neben der Pflege des Güterausstausches der Länder untereinander durch eine zielbewusste Binnenmarktpolitik, insbesondere unter Zuhilfenahme des Arbeitsdienstes durch gezielte Maßnahmen auf dem Gebiet der Siedlung und der bäuerlichen Produktionswirtschaft die deutsche Wirtschaft einer allmählichen Gesundung entgegenzuführen.

Der Wille des deutschen Volkes, von der Geißel der Arbeitslosigkeit erlöst zu werden und die Hoffnung der jungen Generation, neue Lebensgrundlagen zu finden, werden von der Regierung als eine für die Zukunft der Nation entscheidende Aufgabe mit allen Mitteln unterstützt werden.

Der Reichsinnenminister und der Reichsarbeitsminister sprechen im Rundfunk

Berlin, 15. Juni. Die Reichsregierung wird heute zum ersten Mal von der ihr vorbehaltenen Rundfunkstunde Gebrauch machen. Es spricht um 19 Uhr Reichsinnenminister Freydrer von Gauß einführnde Worte, worauf Reichsarbeitsminister Hugo Schäffer über den sozialpolitischen Inhalt der neuen Notverordnung sprechen wird. Beide Ansprachen werden von sämtlichen deutschen Rundfunkgesellschaften übertragen.

Die neue Notverordnung

Amtliche Erläuterungen über Maßnahmen zur Erhaltung der Arbeitslosenhilfe und der Sozialversicherung sowie zur Erleichterung der Wohlfahrtslasten der Gemeinden

Berlin, 14. Juni. Die heute veröffentlichte neue Notverordnung bringt zunächst Maßnahmen zur Erhaltung der Arbeitslosenhilfe, der Sozialversicherung und der Reichsversorgung. Die Notverordnung führt die Leistungen im allgemeinen auf den Stand von 1927 zurück. Invaliden-, Anstellten- und Knappschaftliche Pensionsversicherung werden um 6 Mark bei den Invaliden, um 5 Mark bei den Witwen und 4 Mark bei den Waisen für den Monat gekürzt. Bei den neuen Renten wird der Grundbetrag um 7 Mark und der Kinderzuschuß um 2,60 Mark pro Monat gekürzt. Der Anteil der Witwen- und Waisenrente an der Hauptrente wird von sechs Zehntel auf fünf Zehntel und von fünf Zehntel auf vier Zehntel herabgesetzt. Die Renten aus den Unfällen werden um 5 v. H. und die übrigen Unfallrenten um 7,5 v. H. gekürzt.

Die Notverordnung behandelt dann weiter den Schutz der Reichspost gegen ungerechtfertigte Benachteiligung bei Vorkurschüssen für die Invalidenversicherung und die Unfallversicherung. Den Ländern wird bei der landwirtschaftlichen Unfallversicherung die selbstschuldnerische Bürgschaft auferlegt.

Um in der Sozialversicherung Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit, Vereinfachung und Verebilligung zu verbinden, ist die Reichsregierung ermächtigt, die Aufstellung eines Stellenplanes, einer Besoldungsordnung und eines Personalplanes anzuordnen, ferner im Verfahren vor den Versicherungsbehörden, den Rechtsweg mit einer mäßigen Verwaltungsgebühr zu beschreiten, die Versicherungssträger im Besonderen, jedoch ohne Änderung ihrer Art zu verringern, und die innere Verfassung der Versicherungsanstalten der Invalidenversicherung den veränderten Verhältnissen, insbesondere der wachsenden Verantwortung des Reichs und den Bedürfnissen der Selbstverwaltung anzupassen.

In der Kriegsoberversorgung beschränkt sich die Verordnung auf gewisse Anzeigungen an die früheren Kürzungen in der Reichsversorgung und Sozialversicherung. Die Renten der kriegsbeschädigten werden ebenso gekürzt, wie bisher schon die Renten der Reichsbeschädigten mit Kindern, Kinderzulagen und Waisenrenten sollen im allgemeinen nur noch bis zur Vollendung des 15. Lebensjahres bezahlt werden, ausgenommen, falls Berufsausbildung oder Gebrechlichkeit die Zahlung weiter erfordert. Die übrigen Veränderungen sind im wesentlichen verfassungsrechtlichen Inhalts.

Die Notverordnung befaßt sich dann weiter mit der Erleichterung der Wohlfahrtslasten der Gemeinden. Die Finanzlage des Reichs ist überaus gespannt. Gegenüber 1930 haben die Steuern und Zölle im vergangenen Jahr anstelle von 6 Milliarden RM. noch nicht 5,5 Milliarden erbracht und für das Jahr 1932 schätzt man ein Einkommen von nur rund 5,4 Milliarden RM. Die Ausgaben des Reichs so unvermittelt zu senken, ist bisher nicht gelungen. Von Steuererhöhungen sind nennenswerte Mehreinnahmen nicht zu erwarten. Bei der Lage des deutschen und internationalen Geld- und Kapitalmarktes ist auch mit der Aufnahme von Anleihen nicht zu rechnen.

Der Etatsentwurf der Reichsregierung sieht Ausgaben und Einnahmen von 8,2 Milliarden RM. vor. Darin sind Ausgaben für landwirtschaftliche Siedlungen in Höhe von 50 Millionen RM. eingestellt, ferner für Befreiung der Untertagsarbeiter von der Arbeitslosenversicherung 33 Millionen RM., für die Knappschaftliche Pensionsversicherung 25 Millionen RM. und für den Freiwilligen Arbeitsdienst 20 Millionen RM. Zur Deduktion hat sich die Reichsregierung genötigt gesehen, die bereits früher bestandene Salzsteuer in gleicher Höhe wieder einzuführen und auf dem Gebiet der Kriegsoberversorgung das Mißverhältnis zu beseitigen, daß die kriegsbeschädigten besser gestellt waren als die verheirateten mit Kindern. Außerdem hat sie die Kinderzulagen und Waisenrenten in der Kriegsoberversorgung auf das 15. Lebensjahr begrenzt. Auf diese Weise und durch eine Erhöhung der nach Berücksichtigung des Reichshaushaltes noch vorzunehmenden Ausgabenabstriche ist es ihr gelungen, den Haushalt auszugleichen. Das in der Umfassung liegende Gefahrenmoment, daß die bisherige Steuerquote von 1820 Millionen RM. nicht erreicht werden könnte, ist durch Beseitigung der am 1. Dezember 1930 eingeführten Freigränze von 5000 RM. abgemildert worden.

Neben der Sorge um das Durchhalten des Reichshaushaltes steht die Reichsregierung vor der ardhären Sorge, bei den Gemeinden und den Versicherungssträgern größere Kostensummenbrüche zu verhüten. Die Maßnahmen der Notverordnung dienen daher vor allem auch der Sicherstellung der Unterstützung für die Arbeitslosen und der unbedingten Aufrechterhaltung der Sozialversicherungen insgesamt.

Die Hilfbeträge auf dem gesamten Gebiet der Arbeitslosenhilfe und bei den übrigen Versicherungssträgern werden durch eine Reihe von Maßnahmen gedeckt. Die Regierung hat trotz der angespannten Finanzlage insgesamt 1384 Millionen RM. für soziale Zwecke in dem Reichshaushaltsplan vorgezogen. Für

die Krisenfürsorge und die Wohlfahrtsverbände sind 897 Millionen RM. eingestellt, für die Invalidenversicherung 402, für die Knappschaftliche Pensionsversicherung 95 und für den Freiwilligen Arbeitsdienst 20 Millionen RM. Viele Kosten zusammen betragen ungefähr den vierten Teil der Gesamtausgaben des Reichs nach Abzug der Ueberwälzung der Steueranteile an die Länder. Weitere Beträge für solche Zwecke konnten unter keinen Umständen aufgewandt werden.

Der Gesamtplan der Arbeitslosenhilfe

Die Sicherheit der öffentlichen Haushalte ist in den letzten zwei Jahren durch die ständig zunehmenden Erfordernisse der Arbeitslosenhilfe immer wieder gefährdet worden. Für die Sicherung des diesjährigen Etats kommt es entscheidend darauf an, sie von diesem Unsicherheitsfaktor nach Möglichkeit zu befreien. Zu diesem Zweck ist in Aussicht genommen, die ganze Arbeitslosenhilfe nach Bedarf und Deckung einbezüglich in einer Unterpause zum Etat des Reichsarbeitsministers zu regeln. Nach der jetzigen Rechtslage muß zur Zeit im Jahresdurchschnitt mit 3.950.000 Arbeitslosen gerechnet werden. Nach der vorläufigen Neuregelung bleibt diese Zahl bestehen. Es ändert sich jedoch ihre Zusammensetzung. In der Arbeitslosenversicherung sind anstelle von 1.250.000 1.170.000 eingestellt. In der Krisenfürsorge statt 1.800.000 1.745.000, in der Wohlfahrtsverbände fürsorge bleiben 2.150.000, die Zahl der Nichtunterstützten steigt von 750.000 auf 885.000. Würde es bei der diesjährigen Regelung verbleiben, so würde der Gesamtaufwand 3557 Millionen RM. betragen. Mit anderen Worten um 0,5 Milliarden mehr als im Rechnungsjahr 1931 für die Arbeitslosen in Reich und Gemeinden auszugeben war. Dieser Mehrbetrag muß auf der Ausgabe Seite eingespart werden. Zunächst sollen in der Arbeitslosenversicherung (Alu) die Unterführungsätze um durchschnittlich 23 Prozent gesenkt und die Hilfsbedürftigkeitsprüfung nach 6 Wochen eingeführt werden. Das ergibt eine Ersparnis von 188 Millionen. In der Krisenfürsorge (Kra) soll die Bedürftigkeitsprüfung unbeschäftigt eingeführt und die Unterführungsleistungen um durchschnittlich 10 Prozent gesenkt werden. Die Ersparnis hier macht 117 Millionen aus. Außerdem sollen die um 15 Prozent gesenkten Wohlfahrtsätze als Höchstätze eingeführt werden, wodurch 67 Millionen eingespart werden. In der Wohlfahrtsverbände fürsorge (Wolu) werden die Unterführungsleistungen durchschnittlich um 15 Prozent gesenkt werden, was eine Ersparnis von 145 Millionen ausmacht. Die Gesamtersparnis beträgt 520 Millionen, welcher Betrag von den oben genannten 557 Millionen abgezogen einen Aufwand von rund 3030 Millionen RM. ergibt. Davon erfordert die Kra 796 Millionen, die Kra 1092 Millionen und die Wolu 1142 Millionen. An Deduktionsmitteln haben zur Verfügung Alu-Beiträge 1083 Millionen, von den Gemeinden auszubringende Beiträge anstelle von 1352 Millionen, die sie zu zahlen hätten, wenn alles beim Alten bliebe, 680 Millionen und Reichszuschüsse 867 Millionen, insgesamt also 2630 Millionen. Es fehlen also noch 400 Millionen RM., die von der Einnahmeseite her beschafft werden müssen. Abermalige Erhöhung der Umsatzsteuer, die bis jetzt nicht die geschätzten Beträge bringt oder weitere Zuschläge zur Einkommensteuer, die in ihren Erträgen so außerordentlich zurückgegangen sind, daß ein allgemeiner Zuschlag den Fehlbetrag nicht deckte, scheiden von vornherein aus. Daher bleibt nur übrig, alle noch in Arbeit befindlichen Ausgaben der Arbeitslosen mit einem Prozentsatz des Einkommens zu belasten. Diese Abgabe wird für 8 Monate des Rechnungsjahres 400 Millionen RM. erbringen.

Die Beiträge zur Alu ergeben einen Ueberfuß von 287 Millionen. Er, zusammen mit dem Gemeindefinanzteil in Höhe von 210 Millionen und einem Teil des Reichszuschusses in Höhe von 595 Millionen ergeben die für den Bedarf der Kra benötigten 1092 Millionen RM.

Der Bedarf der Wolu wird gedeckt durch die eigene Leistung der Gemeinden in Höhe von 470 Millionen, die Abgabe zur Arbeitslosenhilfe in Höhe von 400 Millionen und den verbleibenden Teil des Reichszuschusses in Höhe von 272 Millionen, zusammen also 1142 Millionen.

Der dritte Abschnitt der Notverordnung beschäftigt sich mit dem Problem der Wohlfahrtshilfe. Da die Gemeinden von ihrem Gesamtaufwand für Kriegsunterstützung und Wohlfahrtsunterstützung in Höhe von 1352 Millionen nur 680 Millionen tragen sollen, muß der Rest ausgedeckt werden. Von diesem Rest sind abzugeben die bereits in den vergangenen Monaten des laufenden Jahres verausgabten Beträge in Höhe von rund 70 Millionen und außerdem 20 Millionen zur Förderung des Freiwilligen Arbeitsdienstes. Neu ist, daß als Wohlfahrtsverbände nur arbeitsfähige, arbeitswillige und unfreiwillig arbeitslos gewordene Arbeitnehmer unter 60 Jahren gelten, die in dauernder Kontrolle des Arbeitsamtes stehen. Die Arbeitnehmer soll nicht ausgeschlossen werden, wenn jemand vorübergehend nicht als Arbeitnehmer tätig ist. Das Ausmaß der in Aussicht genommenen Wohlfahrtsbille läßt es gerechtfertigt erscheinen, wenn das Reich in Zukunft keine Beteiligung davon ab-



hängig macht, daß der einzelne Fürsorgeverband eine Haushalts-, eine Kassen- und eine Rechnungsordnung feststellt. Dafür sollen bestimmte Grundzüge gelten.

Im Hinblick auf die reichliche Neuordnung der Arbeitslosenshilfe und den wesentlichen erhöhten Leistungen des Reiches zur Erleichterung der Wohlfahrtsarbeiten soll dafür gesorgt werden, daß diese Leistungen den Gemeinden und Gemeindeverbänden basierend und im vollen Umfange zugute kommen. Es darf also nicht geschehen, daß die Landesregierungen durch Änderungen des Landesrechts den Finanzansatz ändern. Die Notverordnung enthält ein ausdrückliches Verbot derartiger Maßnahmen. Die Schlüsselung ist verfeinert durch Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse.

Erklärungen zur Verordnung des Reichspräsidenten über Maßnahmen auf dem Gebiete der Rechtspflege und der Verwaltung

Berlin, 14. Juni. Zur Verordnung des Reichspräsidenten über Maßnahmen auf dem Gebiete der Rechtspflege und Verwaltung sind Erklärungen veröffentlicht worden, die sich zunächst mit den Vereinfachungen und Ersparnissen befassen. Die Notzeit gestaltet es nicht mehr, in jeder Streitsumme drei Instanzen anzulassen. In Zukunft wird daher gegen die Urteile des Amtsrichters oder des Schöffengerichtes nur noch ein Rechtsmittel, entweder die Berufung, oder die Revision zulässig sein. Für bedeutendere Strafsachen wird das Gericht erster Instanz die Zuständigkeit der großen Strafkammer (drei Berufsrichter, zwei Laienrichter) beibehalten. Rechtsinstanz ist das Reichsgericht. In allen Fällen, in denen das Rechtsmittel der Berufung gegeben ist, soll um Verzögerungen zu vermeiden, das Gericht den Umfang der Beweisnahme nach seinem freien Ermessen bestimmen.

Von den weiteren Neuerungen auf strafprozessualen Gebiet seien folgende hervorzuheben: Das Haftvollzugsverfahren unterbleibt, wenn der Verhaftete Beschuldigte selbst darauf verzichtet. Die zulässige Dauer einer Unterbrechung der Hauptverbands wird von drei auf 10 Tage erhöht. Auch in Jugendstrafen soll in Zukunft im ähnlichen Umfange wie bisher in Strafstrafen der Einzelrichter anstelle des Schöffengerichtes entscheiden können. In Privatklagen tritt das Gericht, außer wenn Armenrecht bewilligt ist, erst dann in Tätigkeit, wenn ein Vorbehalt ausgestellt worden ist. Die Revision wird, um die Geschäftsbelastung des Reichsgerichtes nicht noch weiter zu erhöhen, insoweit ausgeschlossen, als sie auf der Verletzung verfahrensrechtlichen Vorschriften beruht, die die Ausübung des richterlichen Amtes betreffen und die Beweiswürdigung betreffen, betreffen in Ehe-, Scheidungs- und Erbschaftsangelegenheiten, sowie in Streitigkeiten wegen Verteilung der ehelichen Gemeinschaft; wird die Revision nur dann zugelassen, wenn das Berufungsurteil einen dahinschließenden Ausspruch enthält. Das Oberlandesgericht kann die Revision zulassen, wenn es von der Reichsgerichtsausscheidung abweicht, oder wenn es eine Klärung einer grundsätzlichen Rechtsfrage von der Revision erwartet. Weiter wird in Rechtsstrafen die Beweismittel von einer Beschwerdeinstanz von 10 RM abhängig gemacht. Für die Einstellung des Schulverweises und die Erteilung schriftlicher Auskünfte sind Gebühren von 10 RM und beim eine RM eingeführt worden.

Die wachsende Zahl der von der öffentlichen Fürsorge Beteiligten hat zu einer sehr erheblichen Belastung des Bundesamtes für das Heimatswesen geführt. Die in der Notverordnung vorgesehene Verwaltungsreform, die Befestigung der Behördenarbeit und die Einberufung von Hilfsrichtern soll das Bundesamt entlasten. Die Vorschriften, die sich mit dem Reichsausschuß für Privatversicherung betreffen, sollen im wesentlichen gewisse Unzulänglichkeiten beseitigen, die sich bei der Beaufsichtigung der privaten Vorsorgeanstalten herausgestellt haben.

Das Kapitel „Kartellrecht“ ändert und ergänzt einige formale rechtliche Bestimmungen der Kartellverordnung.

In der Reichsfinanzverwaltung treten folgende Vereinfachungen ein: Die Kammern der Finanzämter sollen statt mit sieben, mit fünf Personen, und zwar zwei Beamten und drei ehrenamtliche Mitglieder besetzt werden.

Ergänzung der Vorschriften über Mittelbindung und Zwangsanleihe

Die in der Verordnung des Reichspräsidenten vom 8. Dezember 1931 hinsichtlich des Grundbesitzes getroffenen Schutzmaßnahmen waren in ihrer Wirkung weitgehend befristet. Bisher war der Eintritt von Rechtsfolgen, die sich an die Nichterfüllung gewisser Verbindlichkeiten und Lasten knüpfen, nur für Leistungen ausgeschlossen, die bis zum 15. Juli des Jahres fällig werden. Diese Frist ist jetzt auf den 15. Januar 1933 erstreckt. Um die Realcreditsituation vor den Schäden zu bewahren, die eintreten würden, wenn die Institute die ihren Pfandbesitzern zu schulden den Zinsen ohne Entschädigung aus anderen Mitteln herauszahlen müssten, ist eine Vorschrift eingeführt worden, daß der Gläubiger befugt sein soll, bei Nichtzahlung nach dem 15. Juli 1932 fällig werdender Zinsbeträge einen vereinbarten Zinszuschlag zu verlangen, jedoch nur bis zur Höhe von jährlich 0,5 v. H. des Kapitals.

In der Verordnung vom 8. Dezember 1931 war die Möglichkeit der einseitigen Einstellung der Zwangsversteigerung nur einmal auf die Dauer von höchstens sechs Monaten zugelassen. Jetzt ist etwa folgende neue Regelung getroffen worden. Die einseitige Einstellung kann unter der Auflage der Erfüllung der Verbindlichkeiten angeordnet werden. Sie darf grundsätzlich nur mit dieser Auflage erfolgen, wenn die Forderung des betreibenden Gläubigers innerhalb der ersten beiden Sechstel des Grundbesitzwertes liegt. Die einseitige Einstellung kann künftig auf ein weiteres halbes Jahr erneut angeordnet werden. Auch die erneute Einstellung soll grundsätzlich nur unter der Bedingung angeordnet werden, daß der Schuldner seinen Verbindlichkeiten zu wiederkehrenden Leistungen in der Zeit der Einstellung nachkommt. Die erneute Einstellung soll aber schlechthin unzulässig sein, wenn der Schuldner bereits bei Inkrafttreten der Verordnung vom 8. Dezember 1931 mit wiederkehrenden Leistungen für einen Zeitraum von sechs Monaten im Rückstand war und bis zur Stellung des Antrages auf Fortsetzung des Verfahrens diese alten Rückstände nicht bezahlt hat.

Für landwirtschaftliche Grundstücke ist im Interesse der Sicherstellung der Betriebsführung bis zur Ernte vorgesehen, daß die bei der Einstellung der Zwangsversteigerung vorliegenden Zinsansprüche für die Zeit bis zum 30. September 1932 unzulässig sind. Für die Folgezeit soll es für die landwirtschaftlichen Grundstücke bei den allgemeinen Vorschriften bleiben.

Besondere Beachtung verdienen die Ubergangsbestimmungen zu den Vorschriften über die erneute einseitige Einstellung der Grundstückszwangsversteigerung.

Lohn- und Gehaltsänderungen. Die Pfändungsgrenze betrug in der Notverordnung monatlich 125 Mark, seit 1928 aber 195 Mark. Die Pfändungsgrenze ist mit Wirkung vom 1. Juli d. J. ab auf 165 RM. monatlich herabgesetzt worden.

Gewerblicher Rechtsschutz. Der vierte Teil der Verordnung bringt für den gewerblichen Rechtsschutz Erleichterungen auf dem Gebiete des Gebühren- und Kostenwesens. Namentlich sind bei Patentlehregebühren für das 10. bis 18. Patentjahr um durchschnittlich 25 Prozent gesenkt worden. Ferner können für die Patentlehregebühren in Zukunft in geeigneten Fällen Teilsabgaben gewährt werden, ebenso für die Gebühren, die bei der Verlängerung eines Gebrauchsmusters oder bei der Erneuerung eines Warenzeichens zu entrichten sind.

Berliner Presse zur neuen Notverordnung

Berlin, 15. Juni. Die Morgenblätter erörtern sämtlich sehr eingehend die Bestimmungen der neuen Notverordnung.

Der „Tag“ betont, daß die Regierung eine Verantwortung auf sich genommen habe, die es vor aller Öffentlichkeit allein zu tragen habe. Sie habe eine Zwischenmaßnahme getroffen und man könne nur die Hoffnung aussprechen, daß nach Lausanne die Maßnahmen getroffen würden, die den Abbau des jetzigen Systems zur Folge hätten, das nur darin bestünde, mit neuen Lasten die Kosten der Arbeitslosenshilfe zu decken, die durch das Uebermaß der Lasten zum Teil verschuldet seien.

Der „Volksanzeiger“ schreibt, wenn eine Aktiengesellschaft schlecht wirtschaftet habe, dann habe das in der Regel zur Folge, daß die Verwaltung freiwillig oder unfreiwillig ihr Amt niederlegen muß. Die neue Verwaltung führe dann eine Sanierung durch, wobei die Aktionäre eine Zuzahlung leisten müssen. Sie brächten das Opfer in der Hoffnung auf den gesicherten Fortbestand des Unternehmens und in der Erwartung auf bessere Zeiten. Es wäre verhängnisvoll, wenn das deutsche Volk auch diese Hoffnung nicht mit Recht an die Maßnahmen der neuen Regierung knüpfen dürfte, die hoffentlich auch bald ein entsprechendes Arbeitsbeschaffungsprogramm vorzulegen in der Lage sei, nachdem der dringende Geldbedarf des Reiches und vor allem auch der Gemeinden fürs erste gesichert erscheine.

Die „Germania“ fragt nach der seelischen Zünderung der neuen Notverordnung und meint, daß eine ganze Reihe psychischer Fehler aufzuzeichnen sei, deren Auswirkung mit größter Sorge erfüllen müsse. Der Notverordnung fehle auch jedes großzügig aufbauende Element und jedes Gegengewicht zu den schweren Opfern. Die neuen Männer hätten aus dem im Kern übernommenen alten Entwurf gerade die planlose Idee herausgegriffen.

Die „Kölsche Zeitung“ sagt, habe man dazu Grünung gestiftet. Man habe nicht nur einen Teil der von der alten Regierung geplanten Maßnahmen in Kraft gesetzt, sondern alle und noch einige darüber hinaus. Aber gerade die Abweichungen nähmen sich nicht gerade vorteilhaft an.

Der „Vorwärts“ überstreicht seinen Bericht „Hinterlist als Staatsanwalt“. Alles in allem rede die neue Notverordnung durch Steuererhöhungen und Sozialabbau den breiten Massen neue Opfer von rund 1 1/2 Milliarden auf. Wo aber blieben die Opfer der Bestehenden? Mit einiger Mühe entdecke man, daß die Bestehenden ganze 45 Millionen mehr Reichensteuer aufbringen sollten.

Der „Börseurier“ meint, ein erster glücklicher Ueberblick über das neue Etatgebäude, das durch Notverordnung platziert werde, mache seine Problematik sichtbar. Es sei alles geflickt. Es sei aber auch alles brüchig und zum reifen gespannt.

Die Staatsidee des Nationalsozialismus

Ein Rundfunkvortrag Gregor Strahers

Berlin, 14. Juni. Nachdem der Rundfunk allen Parteien mit Ausnahme der Kommunisten zugänglich gemacht worden ist, sprach heute abend der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Gregor Straher am Mikrophon der Deutschen Welle über die „Staatsidee des Nationalsozialismus“. Der Vortrag wurde über eine ganze Anzahl deutscher Sender verbreitet.

Gregor Straher sagte u. a.: Wenn ich hier als erster Nationalsozialist im Rundfunk über Wesen und Inhalt der nationalsozialistischen Staatsidee spreche, so erwarten Sie von mir weder rühelnde theoretische Darlegungen, noch erwarten Sie von mir eine scharfe Polemik über Vergangenes und gegen politische Gegner, für die an anderer Stelle und bei anderer Aufgabenstellung genug Gelegenheit vorhanden ist. Was heute in erster Linie zu klären ist, ist die Untersuchung der Voraussetzungen, unter denen in wenigen Jahren gegen alle herrschenden Gewalten nach einem verlorenen Kriege mitten in der Resignation des Zusammenbruchs eine Bewegung entstand, die im Gegensatz zu allen Einstellungen von heute Millionen Deutscher in ihren Sinn zieht. Vertreter der Ideen von 1914 und Vertreter des heute herrschenden weltanschaulichen politischen Systems bemühen sich, den Nationalsozialismus als Protest gegen die Wirtschaftskrise und sozialen Rückwirkungen zu erklären, um damit bei dem Verschwinden dieser vorübergehenden Voraussetzungen auch das Verschwinden dieser Ideen zu erklären. Das ist grundlegend falsch. Der Nationalsozialismus ist letzten Endes nichts anderes als der politische Ausdruck der seelischen Räte einer großen Epoche. Wenn wir den Nationalsozialismus als die Forderung nach staatlichen Maßnahmen zum Schutze des gesamten Volksganzen vor Gefahren durch die feindliche Umwelt bezeichnen, so geben wir Nationalsozialisten zu, daß der unbedingte Nationalismus der Freiheitsdebatte in der dann folgenden dynastischen Politik und später in einer reinen Wirtschafts- und Konzernpolitik verfiel. Gegen diese Entwicklung und als Protest gegen die Mechanisierung des Lebens entstand — vollat berechnet — die deutsche Arbeiterbewegung, die wir anerkennen und ihren tiefsten Inhalt bejahen. Denn wir verstehen unter Sozialismus die staatlich durchgeführten Maßnahmen zum Schutze des einzelnen oder einer größeren Gemeinschaft vor jeglicher Ausbeutung. Die Verstaatlichung der Eisenbahn, die Kommunalisierung der Tramway, der Licht- und Gaswerke, die Bauernbefreiung des Frelherrs von Stein, die Eingliederung des Ständesystems in den Organismus des damaligen Systems, das Leistungsprinzip des preussischen Berufsbeamten, des deutschen und österreichischen Beamten — das alles ist Ausdrucksform jenes deutschen Sozialismus, wie wir ihn aufzufassen und fordern. Dieser Gedanke eines staatlich garantierten sozialen Selbstschutzes hat nichts zu tun mit jenen Gedanken, welche der Marxismus in den deutschen Sozialismus einzuführen verstanden hat, nichts mit Internationalismus, Pazifismus und Klassenkampf. Der Nationalsozialismus verweist die Frage vom Individualismus, der die innere germanische Freiheitsauffassung in eine wirtschaftliche innere Hemmungslösung veränderte.

In der nationalsozialistischen Idee liegt letzten Endes die Abkündigung der liberalen Epoche. Zur ersten Oppositionspartei mußten wir deshalb werden, weil wir in der heute in Staat

und Wirtschaft herrschenden Weltanschauung nicht nur eine Verfallung, sondern die direkte Umkehrung aller jener Forderungen sehen mußten, welche die Erhaltung und Stärkung des deutschen Volkes bestimmen.

Der Nationalsozialismus im Besitz der Staatsgewalt wird seine Aufgabe darin sehen, das deutsche Volk zurückzuführen zu seinen echten und lebenswahren Anschauungen und organisieren. Politik heißt für uns Dienst am deutschen Volke und Staatswohl.

Die Staatsform ist für uns Nationalsozialisten kein Problem, das einer kräftezerstörenden Diskussion wert ist.

Der Inhalt des Staates ist tausendmal wichtiger als seine äußere Aufmachung. Ueber die Staatsform möge das deutsche Volk dann entscheiden, wenn es sich die äußere Freiheit wieder erworben hat und wenn im Innern Arbeitsmöglichkeit und natürliches Wachstum gesichert ist. Wir Nationalsozialisten wollen keine Reaktion, sondern Gesundheit.

Wir Nationalsozialisten wollen keine Judenverfolgung, aber wir fordern eine deutsche Führung ohne jüdischen und fremden Geist, ohne jüdische Hintermänner, ohne jüdische Kapitalinteressen. Wir wollen keinen neuen Krieg. Wir scheuen aber auch einen Krieg dann nicht, wenn er einmal das letzte Mittel sein sollte, um die deutsche politische und soziale Freiheit zu verteidigen. Wir wollen keine Konfessionsbeuge und keine Verfolgung der christlichen Kirche. Wir wollen von den Seelsorgern keine Parteipolitik. Wir wenden uns mit aller Kraft des Geistes und des Herzens gegen den Mord der Kriegsschuld. Wir verlangen von den anderen Völkern, die beschworene Verpflichtung auf Abriistung zur Tat werden zu lassen. Solange die anderen Völker aufrichten, verlangen wir für das deutsche Volk ebenfalls das Recht, sich für den notwendigen Schutz bereitstellen zu können. Der Vertrag von Versailles ist in seiner heutigen Form als unbilliger Vertrag vor dem Sitzengebet der ganzen Kulturwelt nichtig, denn er beruht auf Irrtum und Vergewaltigung.

Ebenso klar ist unsere Innenpolitik: Lösung der sozialen Frage ist die Existenzfrage der Gegenwart überhaupt, die sofort von neuen Männern in Angriff zu nehmen ist. Verfassung des Reiches und die Verfassungen der Länder finden zu allen Zeiten unsere Achtung. Wir verlangen aber von diesen Verfassungen, daß sie klug sind und klug wirken. Unser nächstes Ziel ist die Befestigung des Verlaufs der deutschen Wirtschaft, und zwar erstens durch Ueberwindung der Arbeitslosigkeit und Gesundung der Landwirtschaft, weiter durch Lösung der Frage des gerechten Arbeitslohnes und drittens durch frugalmäßige Einstellung unserer Geldwirtschaft in den Rahmen der kommenden Nationalwirtschaft. Der Nationalsozialismus fordert nicht nur die Arbeitsdienstpflicht, sondern er fordert darüber hinaus die Proklamierung der allgemeinen Nahr- und Arbeitspflicht. In dem deutschen Bauern leben wir bei der kommenden Gestaltung unserer Wirtschaft mit der Tendenz zum geschlossenen Wirtschaftsraum die Voraussetzung unseres wirtschaftlichen Daseins. Ja, wir sehen im deutschen Bauern den Ursprung unserer raschen Erneuerung überhaupt.

Den Geist unserer Rechtspflege wollen wir aus der Vorstellungswelt des römischen Rechtes in die unterdeutsche Reihe des germanischen Rechtsempfindens umdrehen.

Die Staatsidee des Nationalsozialismus ist nichts anderes als das Bekenntnis zum Leistungsprinzip, das Bekenntnis zum Kautium, das Bekenntnis zum Gemeinschaftsdenken.

Die Uebertragung der Straßer-Rede in Süddeutschland abgelehnt

Stuttgart, 14. Juni. Wie der „NS-Kurier“ erfährt, hat der Ueberwachungsanschutz des Rundfunks für Süddeutschland, der aus je einem Vertreter Württembergs, Badens und des Reiches besteht, es abgelehnt, die Rede Gregor Strahers, die Dienstag abend 7 Uhr von der Deutschen Welle gefendet wurde, zu übertragen. Das Blatt bemerkt dazu: Die Entscheidung dieses zweifelsobne parteipolitisch zusammengesetzten Ausschusses wird einen Sturm der Entrüstung in Süddeutschland auslösen. Die Entscheidung zeigt deutlich, daß in den Kreisen der hohen Zentrumsverwaltung eine solche Furcht vor der Aufklärung des Volkes über das Wesen des Nationalsozialismus herrscht.

Der Reichslandbund zu den Reichstagswahlen

Der Bundesvorstand des Reichslandbundes hat zu den kommenden Reichstagswahlen eine Entschlieung angenommen, in der es u. a. heißt:

Der Reichslandbund hat mit Genugtuung Kenntnis genommen von den aus den bisherigen Willensäußerungen der Regierung und einzelner Mitglieder hervorgehenden Auffassungen und Absichten, insbesondere von dem klaren Bekenntnis des Reichsländlers „zu einer starken selbstbewußten Agrarpolitik als Fundament jeder gesunden Entwicklung“. Der Reichslandbund wird dafür kämpfen, daß die jetzt eingeleitete Umstellung der Staatsführung auf die Autorität des Reichspräsidenten und auf die Verantwortlichkeit der von ihm berufenen Männer durch keinerlei Wahlsystematik und Mehrheitskonstruktionen erschüttert wird. Der Reichslandbund wird seine Energien gemeinsam mit allen gleichberechtigten nationalen Kräften auf die Sicherung und den Ausbau des endlich angebahnten Systemwechsels konzentrieren.

Stand der Abrüstungsarbeiten

London, 14. Juni. Die Ankunft Macdonalds und Herriots konzentriert das Interesse auf die Abrüstungsfrage. Die Presse erhofft einen gemeinsamen Schritt vorwärts. Verschiedene Blätter melden aus Genf, zuverlässigen Informationen zufolge würden der französische und der britische Premierminister einen zehnjährigen Rüstungsstillstand vorschlagen. Einwände würden jedoch von Deutschland und Italien erwartet.

Der Genfer Korrespondent der „Morning Post“ betont ebenfalls, daß die deutsche Regierung auf eine endgültige allseitige Rüstungsverminderung bis auf den deutschen Stand dringt (?) und sich nicht mit der Stabilisierung der Rüstungen auf dem augenblicklichen ungleichen Stand zufrieden geben wird.

„Times“ führt in einem Leitartikel aus: Die Lage der Abrüstungskonferenz ist kritisch. Der augenblickliche Versuch führender Staatsmänner biete eine Gelegenheit, um der Konferenz einen neuen Impuls zu geben. „Times“ meint, daß die völlige Abschaffung der größten Kriegsschiffe und Geschütze, der Tanks, Unterseeboote und Flugzeuge unter den herrschenden Verhältnissen nicht möglich und vielleicht nicht einmal wünschenswert sei.



Neues vom Tage

Trauerbesetzung in Oberschlesien

Berlin, 14. Juni. Zum Gedächtnis an die zehnjährige Wiederkehr des Tages der Abtretung ober-schlesischen Gebietes an Polen...

Jugentgleisung bei Corbetta

Halle, 14. Juni. Die Reichsbahndirektion Halle teilt mit: Am 18. Juni um 18.17 Uhr fuhr auf dem Bahnhof Corbetta der Personenzug Halle-Erfurt...

Dresdener Industrieller in Berlin verhaftet

Berlin, 14. Juni. Der stellvertretende Direktor der Dresdener Zigarettenfabrik Greiling, Robert Heyewald, ist vor dem Reichswirtschaftsministerium...

Totles Abenteuer von sechs Berliner Schülern

Seit zwei Tagen werden sechs Berliner Schüler im Alter von 15 bis 18 Jahren vermisst. Die bisherigen Nachforschungen haben ergeben, daß die sechs Jungen zusammen nach einem lange vorher entworfenen Plan nach Stettin gefahren sind...

Bertrams Flugzeug gefunden?

Wandham, 14. Juni. In der Nähe der Dogobals-Wishton wurde ein deutsches Wasserflugzeug gefunden. Bei dem Apparat wurde eine Notiz entdeckt des Inhalts, daß die Flieger in den Busch gewandert seien...

Die tapfere Dame vom Postamt

Budapest, 14. Juni. Das Fräulein vom Postamt des bei der jüdischen Stadt Fünfkirchen gelegenen Badsorts Harlangfürdő hatte gerade Dienst, als ein verdächtig aussehender Mensch, ohne ein Wort zu sagen, einen Zettel durch den Schalter reichte...

Aus Stadt und Land

Altensteig, den 15. Juni 1932.

Amthliches. Bei der kürzlich vorgenommenen ersten höheren Justizdienstprüfung sind 49 Kandidaten für befähigt erkannt worden u. a. Wilhelm Wichele von Dedenspronn, O.A. Calw; Karl Schübel von Haiterbach, O.A. Nagold; Jakob Walz von Altensteig.

Das Kinderfest in Altensteig findet voraussichtlich am 28. Juni (einen Tag vor Peter und Paul) statt.

Schwerer Zusammenstoß. Gestern um die Mittagszeit ereignete sich am „Anker“ ein schwerer Zusammenstoß zwischen einem Radfahrer von Wenden und einem Nagolder Auto. Der Radfahrer kam in ziemlichem Tempo die steile Höhenbergstraße herunter...

Ein weiterer Zusammenstoß ereignete sich gestern abend vor dem Gasthof zur „Traube“. Durch ein vor dem Schaufenster parkendes Freudenstädter Auto und einem aus entgegengekehrter Richtung kommenden Fuhrwerk war es einem langsam fahrenden Motorradfahrer doch nicht mehr möglich, an dieser so wie so engen Gasse durchzukommen...

Bekämpfung der Wanderunstten. Es gibt, der Schuljugend immer wieder vor Augen zu führen, daß das Abreißen von Laub und Zweigen an Baum und Strauch, das mutwillige Beschädigen von Baumstämmen, das Pfücken und Ausgraben von Pflanzen geschützter Arten, sowie das Zusammentraffen von Blumensträußen ohne Maß und Ziel als Frevel an Natur und Heimat zu verabscheuen ist.

die Ehrfurcht vor der Heimatlandschaft in ihrer Gesamtheit zu wecken und wachzuhalten. Hier muß das Verunreinigen der Wälder, Fluren und Uferzonen durch Ueberreste von Mahlzeiten, durch Papier, Flaschen und Abfälle anderer Art immer wieder als unwürdig gebrandmarkt werden.

Nordjetten, 13. Juni. (Bürgermeisterwahl.) Bei der gestrigen Bürgermeisterwahl erhielten: Vinz. Bod 249 Stimmen; August Bod 140 St.; Anton Götler 105 St.; Paul Schneiderhahn 81 St. Vinzenz Bod ist damit zum Nachfolger des zurückgetretenen Bürgermeisters Leonhard Schneiderhahn gewählt.

Horb a. N., 12. Juni. (Gauung des Evang. Volksbundes.) Von über 60 Vertretern aus verschiedenen Ständen besetzt, fand am Sonntagmittag hier in der Bahnhofswirtschaft eine Gauversammlung des Evang. Volksbundes für die Kirchenbezirke Söblingen, Calw, Freudenstadt, Nagold und Sulz a. N. und Tuttlingen statt. Nach dem von Pfarrer Pfisterer aus Stuttgart erstatteten Arbeitsbericht betrug in diesen Bezirken die Zahl der Mitglieder des Evang. Volksbundes 11.300, die Zahl der mit ihm in Verbindung stehenden Kirchengemeinden 82. Die eingehende und fruchtbarere Ausprache erstreckte sich auf die verschiedenartigen Arbeitsgebiete und ergab ein lehrreiches Bild der geistigen Strömungen, mit denen sich heute die evangelische Kirche auseinandersetzen muß.

Ehingen a. D., 14. Juni. (Hundertjahrfeier.) Die Hundertjahrfeier des Lieberfranzes Ehingen nahm einen glänzenden Verlauf. Die Anton Joller'schen Kreuzzüge fanden begeisterte Teilnahme. Dem Altmeister des deutschen Liedes, dem 87jährigen Musikdirektor Georg Joller wurde vom Gemeinderat das Ehrenbürgerrecht der Stadt Ehingen verliehen.

Heilbronn, 14. Juni. (Todesfall.) Im Alter von 81 Jahren ist Geheimrat Hugo Kümelin gestorben. Der Verschiedene hat sich vor allem im Bankwesen, sowie im Handel, Industrie und Gewerbe über die Grenzen unseres Landes hinaus verdient gemacht.

Dinsmettingen O.A. Böllingen, 14. Juni. (Neues Turnheim.) Vom schönsten Wetter begünstigt, fand hier am Samstag die Spielfest- und Turnerehelweide statt, bei der die ganze Gemeinde sich beteiligte. Am Sonntag war Festgottesdienst und Wettkunden. Der prächtige Turnplatz umfaßt 250 Ar. Der Dinsmettinger Turnverein ist der dritte im Schalksburg-Jollerngau, der ein eigenes Heim besitzt.

Stuttgart, 14. Juni. („Enttäuschte Erben.“) Die 100 Millionen Dollar-Erbischaft Wendel, auf die über 1600 angeblühete Erben Anspruch erhoben — auch in Württemberg gab es Interessenten —, ist fünf amerikanischen Wohlfahrtsanstalten zugesprochen worden, deren Namen geheim gehalten wird.

Cannstatt, 14. Juni. (25 Jahre Wäghaus.) Am 1. Juli kann das Wäghaus auf das erste Vierteljahrhundert seines Bestehens zurückblicken.

Mühlhausen O.A. Stuttgart, 14. Juni. (Mit dem Pferd ertrunken.) Der bei Gottlieb Traber, Händler und Landwirt hier, beschäftigte 19 Jahre alte Eugen Kühne von Warmbronn sollte auf einer Weide am Redar Gras holen. Kühne wollte an einer abschüssigen und schmalen Stelle der Weide mit seinem Einspännerfuhrwerk wenden. Auf dem abschüssigen Ufer fuhr der Wagen rückwärts in den Redar und zog das Pferd mit. Kühne, des Schwimmens nicht kundig, ging dem Pferd in den Redar nach und wollte es wieder ans Ufer bringen. Plötzlich bäumte sich das Pferd hoch. Kühne ließ die Zügel los und versank in dem dort etwa 2,50 Meter tiefen Redar.

Möhringen a. F., 14. Juni. (Ehrung.) Dekonomierat Ublung, früher langjähriger Wächter der Domäne Sindlingen O.A. Herrenberg, der in diesem Jahr seinen 80. Geburtstag feiert, wurde als Ehrenmitglied in die Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft aufgenommen.

Unterstadt O.A. Ehingen, 14. Juni. (Vom Farren ertrückt.) Der ledige 46 Jahre alte Dienstknecht Thomas Ahalt wurde durch den Gemeindefarren an die Wand gedrückt und so schwer verletzt, daß er gestorben ist.

Hall, 14. Juni. (Neues Wanderheim.) Am Sonntag wurde das neue Wanderheim des Schwab. Altklubs auf dem Burgberg, dem zwischen Hall und Crailsheim gelegenen Berge, feierlich eingeweiht. Auf das schon vorher vorhandene Wirtschaftsgebäude wurde ein hübscher Turm gebaut, außerdem zwei behagliche Unterkunftszimmer mit je acht Betten einfach aber sauber eingerichtet. Vom Turme aus sieht man bei klarer Witterung weit ins Höhenlocher Frankenland hinaus.

Bieringen a. d. Jagst, 14. Juni. (Ertrunken.) Der auf der Wanderschaft befindliche 20 Jahre alte Wilh. Möhler aus Mündingen im Breisgau ist, als er am Sonntag mittag in der Jagst ein Bad nehmen wollte, ertrunken. Der Tote war des Schwimmens unkundig und konnte erst nach längerem Suchen geländet werden.

Dr. Holz gibt im Landtag Auskunft

Stuttgart, 14. Juni. Zu dem Streit um den Schritt des württembergischen Staatspräsidenten gemeinsam mit dem bayerischen Ministerpräsidenten und dem badischen Staatspräsidenten bei Reichspräsident v. Hindenburg erfahren wir von offizieller Seite, daß Staatspräsident Dr. Holz im Landtag genaue Aufschluß geben wird.

Wie das Stuttgarter Neue Tagblatt mitteilt, haben an der Reise des Staatspräsidenten Dr. Holz nach Berlin sowohl Fi-

nanzenminister Dr. Dehlinger als auch Wirtschaftsminister Dr. Mayer teilgenommen. Beide waren auch bei der Besprechung mit dem Reichsfiskus zugegen. Für die Beurteilung, ob der Schritt der drei Süddeutschen Staatspräsidenten eine rein parteipolitische Aktion oder nicht vielmehr eine Angelegenheit der Staatsregierung gewesen ist, dürfte, so schreibt das Blatt, dieser Umstand nicht ohne Bedeutung sein.

Auch Landtagswahl am 31. Juli?

Stuttgart, 14. Juni. In der Inneren Abteilung des Stuttgarter Gemeinderats wurde bei Besprechung der Ratschleifers zu treffenden Wahlvorbereitungen für die Reichstagswahl darauf hingewiesen, daß am Tag der Reichstagswahl möglicherweise auch der württ. Landtag neu gewählt werden wird. Dem Staatsgerichtshof liegt eine Klage betr. die Verteilung der Landtagsmandate vor. Sollte diese Klage Erfolg haben und die feinerenit vorgenommene Mandatsverteilung für ungültig erklärt werden, so wäre mit großer Wahrscheinlichkeit damit zu rechnen, daß es zu einer Neuwahl des württ. Landtagsparlaments kommt. Es handelt sich hier um den bekannten Einspruch der beiden bei den letzten Wahlen nicht zum Zuge gekommenen Parteien, Volkrechtspartei und Deutsche Volkspartei.

Der Wiederaufbau des Alten Stuttgarter Schlosses

Stuttgart, 14. Juni. Die Arbeiten der Aufräumung des ausgedehnten Pfälzels des Alten Schlosses sind in der Hauptsache vollendet. In einem Zeitraum von zehn Wochen wurden rund 3000 Kubikmeter Schutt abgeführt. Die Aufstellung des Wiederaufbauprogramms erfordert zeitraubende Vorarbeit. Vor der Weiterverfolgung des seitens des Bundes Deutscher Architekten gemachten Angebotes eines öffentlichen Wettbewerbes müssen eine Reihe von Vorfragen behandelt, vor allem aber muß das Programm der Weiterverwendung des ganzen alten Schlosses und damit natürlich das Raumprogramm für den Pfälzel eingehend geklärt sein. Der bauliche Zustand der Ruinenreste hat sich seit den Brandtagen keineswegs so verändert, daß eine wesentliche Einsturzgefahr nachgewiesen werden könnte. Unabstrittene Tatsache ist, daß der Wiederaufbau in erster Linie von der Geldmittelbeschaffung abhängt. Als wichtigstes spricht hier das Ergebnis der Höhe der Brandentschädigung, das aber erst nach Abschluß der umfangreichen Schätzungsarbeiten endgültig festgestellt sein wird.

Großfeuer im Dampfzägewerk Krauchenwies

Krauchenwies bei Rehlach, 14. Juni. Ein großes Schadenfeuer entstand heute nacht gegen halb 1 Uhr im Dampfzägewerk der Firma Stilling u. Weber, Filiale Krauchenwies. Außer den großen, reichen Holzvorräten fiel ein Teil des Kesselhauses und auch die Telegraphenmasten der Bahn den Flammen zum Opfer. Der Schaden wird auf 200-300 000 RM. geschätzt.

Brandstiftung ist einwandfrei festgestellt worden. Das Feuer entstand gleichzeitig an zwei verschiedenen Stellen des Werkes. Während es in der Sägerei gelang, den Brandherd mit einem Feuerlöschapparat zu ersticken, ertönte aus dem Schnittholzlagar Feueralarm. Innerhalb weniger Augenblicke schlugen die Flammen hoch, so daß an ein Löschen durch die Belegschaft nicht zu denken war. Der Brandplatz bildet ein trostloses Feld glimmender Aschenhaufen. Aus dem Brandplatz wurden Gegenstände gefunden, die auf die Brandlegung schließen lassen.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Litauische Zollerrhöhungen. Die litauische Regierung hat mit Wirkung vom 12. Juni neue Zollerrhöhungen vorgenommen, die zum Teil stark die deutsche Ausfuhr nach Litauen treffen.

Präsidentenwahl in Panama. Harmodio Aza ist zum Präsidenten der Republik gewählt worden. Er tritt sein Amt am 1. Oktober an.

Jugentgleisung bei San Sebastian. Zwischen den Bahnhöfen Marjaga und Elgotoar (Spanien) entgleiste ein Eisenbahnzug, in dem sich fast ausschließlich Pilger befanden. Vier Personen wurden getötet und 50 verletzt, darunter mehrere schwer.

Deutsche Missionare in der Mandschurei ermordet. Nach einer Meldung des „Bayerischen Kurier“ ist der Propädeut der Mission Yenki in der Mandschurei der bayerische Vater Konrad Rapp, in Tairongtong von Räubern ermordet worden. Der Missionar dürfte nach Tairongtong gereist sein zur Bekastung zweier dort stationierter Väter, die kurz nacheinander an Typhus starben. Auf dem Wege zur Station muß Vater Rapp von den Räubern ermordet worden sein. Der ermordete Missionar ging 1925 in die ostasiatische Mission.

Aus dem Gerichtssaal

Tübingen, 11. Juni. (Schwurgericht.) Vor dem Schwurgericht stand der Landwirt und Mühlenbesitzer Karl Weill aus Bernau wegen Brandstiftung. Weill hat zehn Kinder, von denen sieben zu Hause sind. Sein Haus enthält nur ein Schlaf- und ein Wohnzimmer, sowie eine Dachkammer und im Dachstuhl noch eine von der Bühne umgebene Kammer. Der Raumangel und die hinzugekommene Krankheit seiner Frau ließ in dem in großer Sorge lebenden Angeklagten den Entschluß reifen, den Dachstuhl seines Hauses abtrennen zu lassen, um mit dem Versicherungsgeld Raum und Erleichterung für seine Familie zu schaffen. Das Feuer wurde frühzeitig entdeckt und gelöscht, so daß nur geringer Schaden entstand. Weill ist in vollem Umfang geständig. Er wurde wegen eines Verbrechens der Brandstiftung zu einem Jahr Zuchthaus verurteilt, worin die erlittene Untersuchungshaft abgeht. Ein Verhörungsbeitrag wurde verurteilt und dem Angeklagten mit Rücksicht auf seine Lage weitgehende Milderung zugewiesen. Ehrverlust wurde keine ausgesprochen und Weill auf freien Fuß gesetzt.

Sojverratsprozeß gegen Mitglieder der SPD.

Leipzig, 14. Juni. Vor dem Vierten Straßsenat des Reichsgerichtes begann ein großer Sojverratsprozeß gegen insgesamt 24 Angeklagte aus Thüringen, Berlin und Breslau, denen zur Last gelegt wird, durch Beschaffung von Sprengstoffen, Herstellung von Sprengkörpern und Bildung von sogenannten Sprenggruppen, ferner durch Ansammlung von Waffen und Munition die auf den gewalttätigen Umsturz gerichteten Vorbereitungen der SPD. gefördert zu haben. Der Prozeß dauert drei bis vier Wochen.



Ein Schlemmer als Straßenbahndirektor

Hagen, 14. Juni. Vor dem Landgericht Hagen begann die Hauptverhandlung gegen den ehemaligen Generaldirektor der Hagener Straßenbahn, Florie, der der absichtlichen Verschlechterung der Hagener Straßenbahn, rechtswidriger Aneignung von deren Geldmitteln und fahrlässiger Geschäftsführung beschuldigt wird.

Die eigene Frau erschossen

Stuttgart, 14. Juni. Nach vorausgegangenem Wortwechsel erschoss der 33 J. alte Lampist Hermann Seizer von Juffenhäufen am 11. März ds. J. im Wohnzimmer seiner Wohnung seine 24-jährige Frau, nachdem er zuvor den mit der Familie Seizer befreundeten Eisenhändler Franz Hüttel durch drei Schüsse lebensgefährlich verletzt hatte.

Sinnlose Zerstörungswut

Stuttgart, 14. Juni. Offenbar aus Verbitterung über seine lange Arbeitslosigkeit kam bei dem 30 Jahre alten aus Westpreußen stammenden Maurer Johannes Broß eine Zerstörungswut zum Ausdruck, die in ihrer Art vereinzelt dastehen dürfte.

Gestorben

Klosterreichenbach: Christiane Teufel geb. Haist, 81 Jahre alt.

Wetter für Donnerstag

Da der Hochdruck, der die Wetterlage beeinflusst, anhält, ist für Donnerstag im allgemeinen heiteres und trockenes, jedoch zu Gewitterstürmungen geneigtes Wetter zu erwarten.

Handel und Verkehr

Börsen

Berliner Börse vom 14. Juni. Da das Geschäft denkbar gering ist, bleibt die Kursgestaltung nach wie vor von größeren oder kleineren Zufallsereignissen abhängig.

Getreide

Berliner Produktendörse vom 14. Juni. Weizen m.ä. 251 bis 253, Roggen m.ä. 187-189, Futtergerste 165-171, Hafer m.ä. 156-160, Weizenmehl 31-34,75, Roggenmehl 25,25-27,20, Weizenkleie 10,40-10,90, Roggenkleie 9,80-10,30, Vitoriaerbsen 21 bis 23, kleine Weizen 21-24, Futtererbsen 15-17, Allgemeine Tendenz: abwärts.

Fruchtpreise. Eilmangn: Weizen 13,20-13,30, Roggen 12,20-12,50, Gerste 9-9,50, Hafer 8-8,50 RM. - Kasold: Weizen 13,30-14, Gerste 10,50-11, Hafer 9,30 RM. - Ravensburg: Weizen 9,70, Weizen 12,50-13,25, Roggen 10,50, Gerste 9,50, Hafer 8,90-9,40 RM. - Reutlingen: Weizen 13,50-15,50, Dinkel 10,50-10,80, Gerste 9-10,50, Hafer 8,80 bis 10 RM. - Ura: Weizen 12-14, Dinkel 10-10,50, Roggen 10, Gerste 9-9,60, Hafer 8-9,80 RM. - Ulm: Weizen 11,50-13,50, Roggen 11-11,50, Gerste 8,30-8,50, Hafer 7,50 bis 8,50, Weizen 10 RM.

Wärkte

Stuttgarter Schlachtviehmarkt vom 14. Juni. Zutrieb: 27 Ochsen, 82 Bullen, 317 Jungbullen, 473 Jungkühe, 279 Kühe, 1471 Kälber, 2172 Schweine. Unverkauft: 40 Jungbullen, 40 Junarkühe, 5 Kühe, 50 Kälber, 40 Schweine. Ochsen: ausgem. 31-35 (30-34), vollfl. 25-28 (una.), fl. 23-24 (una.). Bullen: ausgem. 25-26 (26-27), vollfl. 23-24 (una.), fl. 21-22 (una.). Jungkühe: ausgem. 35-37 (una.), vollfl. 28-31 (28 bis 32), fl. 24-27 (una.). Kühe: ausgem. 23-28 (22-27), vollfl. 18-21 (una.), fl. 12-16 (12-15), ger. 9-11 (una.). Kälber: feinste Mast- und beste Saual. 36-39 (una.), mittl. 29-34 (30-35), ger. 23-28 (25-29). Schweine: über 300 Pfd. 37-39 (38-39), von 240-300 Pfd. 35-40 (una.), von 200-240 Pfd. 33-40 (38-40), von 160 bis 200 Pfd. 33-39 (37-38), von 120-160 und unter 120 Pfd. 36-37 (35-36), Sauen 28-32 (una.), Verkauf: Großvieh mäßig, Ueberstand, Kälber langsam, Ueberstand, Schweine rubig, Ueberstand.

Freiburger Schlachtviehmarkt vom 13. Juni. Zutrieb: 22 Ochsen, 9 Kühe, 7 Färren, 12 Kühe, 215 Kälber, 370 Schweine, 10 Schafe. Preise: Ochsen und Kühe 25-35, Färren 22-26, Kübel 20, Kälber 30-42, Schweine 34-42, Schafe 26-34. Tendenz: Großvieh lebhaft getäumt, Schweine mittel ausverkauft, Norddeutsche 2-3 Pfd. über Rotis bezahlt, Kälber sehr langsam, Ueberstand.

Florsheimer Schlachtviehmarkt vom 14. Juni. Zutrieb: 2 Ochsen, 9 Kühe, 51 Kühe, 23 Färren, 57 Kälber, 9 Schafe, 397 Schweine. Preise: Ochsen 27-35, Färren 23-27, Kühe 12-24, Kübel 20-38, Kälber 34-43, Schweine 38-42 RM. Marktverlauf: mäßig belebt.

Eigenheitsverträge

Schweningen, 12. Juni. Auf dem Rathaus fand die Versteigerung des zur Konturmasse des Edgar Stähle, Kaufmanns, hier, gehörigen Gebäudes Arndtstraße 24 nebst Zubehör, sowie verschiedener Grundstücksparzellen statt. Für das Gebäude wurde das höchste Angebot von Emil Sped, Fabrikant, mit 27 050 Mark abgegeben.

Buntes Allerlei

Amerikanische Arbeitslose auf der Goldsuche

Ein neuer Goldrausch ergriff die unbemittelten Bevölkerungsschichten Amerikas. Arbeitslose aus allen Teilen der Vereinigten Staaten strömen in haken Scharen, in die Gebiete, die im vergangenen Jahrhundert durch ihren Goldreichtum berühmt geworden sind, um später nach Jahrzehnte langer Ausbeute in Bergessenszeit zu geraten.

Wöchentlich 60 000 Mark Einkommen

Die Filmschauspielerin Greta Garbo hat, wie die Blätter berichten, mit der Metro-Goldwyn-Mayer-Attien-Gesellschaft einen neuen Vertrag abgeschlossen, der ihr wöchentlich 15 000 Dollar zusichert.

Zwölfjährige mordet 2 Kinder - Die Mache für eine Ohrfeige

Eine zwölfjährige Mörderin, die zwei Kinder im Alter von einem und zwei Jahren umbrachte, ist in einem kleinen Dorf in der Nähe von Nancy verhaftet worden. Das Mädchen wohnte bei seiner verheirateten Schwester, die ihm die Aufsicht über ihre beiden Kinder übertragen hatte, während sie selbst in einer Fabrik arbeitete.

Humor

Berliner Schule. In einer Berliner Volksschule wollte die Lehrerin mit ihren Nabeln über das „Widelfind“ sprechen. So fragte sie am Anfang der Stunde: „Wer von euch weiß, was ein „Widelfind“ ist?“ - Die Kleine, die aufgerufen wurde, antwortete: „Der ist so ein ganz kleines Bäum, Frollein!“ - „Ganz recht, aber warum nennt man das Baby nun ein „Widelfind“?“ - Große Augen überall - kein Finger wollte sich zeigen.

Druck und Verlag der W. Kiefer'schen Buchdruckerei, Altensteig. Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Laul.

- - nein - „loses“ Persil gibt es nicht!

Persil *echt* nur in Originalpackung!

Die Auszahlung für Juni an Kriegerehinterbliebene, Kleinrentner und Sozialrentner

findet in Pflanzgrabenweiler (Rathaus) am Donnerstag, den 16. Juni 1932 vorm. 8-10 Uhr statt. Freudenstadt, den 14. Juni 1932. Bezirkswohlfahrtsamt: Pfeffer.

Anzug chem. reinigen 4.50 Mk.

Färberei Schaupp, Stuttgart-Berg. Annahme L. Schaupp, Bügelgeschäft, Altensteig, Marktplatz

Die neu vorgeschriebenen Formulare für das Meldewesen

sind vorrätig in der Buchhandlung Laul in Altensteig und Nagold.

Verkaufe gebrauchte 2-Spänner-Mähmaschine und einen leichten Ruhwagen Kühle, Beihingen.

Berned. 1 schönes 3/4 jähriges Rind hat zu verkaufen Fritz Weik.

Rollenpapiere (Einwickelpapier) für Rollen-Abreib-Apparate empfiehlt die Buchhandlung Laul Altensteig

Besenfeld. Danksagung.



Für die uns in so reichem Maße erwiesenen wohlthuenden Beweise aufrichtiger Teilnahme beim Helmgang meiner teuren, unversehrlichen Gattin, unserer lieben Mutter, Tochter, Schwester, Schwiegertochter

Frieda Finkbeiner geb. Hornberger

danke wir von Herzen. Besonders danke wir für die trostreichen Worte des Herrn Prediger Strobel am Grabe, für den erhebenden Gesang, für die vielen Blumenpenden und die zahlreiche Begleitung zur letzten Ruhestätte.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen der Gatte: Fritz Finkbeiner

Altensteig Gießfannen

empfehlen Franz Müller Flachsnermeister beim Postamt



Wie man sein Hühneraug' entfernt? Mit Lebewohl wird es entkernt Hühneraugen-Lebewohl Blechd. (8 Pflaster) 68 Pfg. in Apotheken und Drogerien. Sicher zu haben: Schwarzwald-Drog. Fr. Schlumberger, Poststr. 250, Löwen-Drog. O. Hiller, Marktplatz